

Grosser, Günther; Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Die Weltkonjunktur auf schmalem Grat

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Grosser, Günther; Weinert, Günter (1977) : Die Weltkonjunktur auf schmalem Grat, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 1, pp. 23-27

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135029>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WELTKONJUNKTUR

Die Weltkonjunktur auf schmalem Grat

Günter Großer, Günter Weinert, Hamburg

In der zweiten Hälfte des gerade verflossenen Jahres haben sich die konjunkturpolitischen Erwartungen in den Industrieländern wieder verschlechtert. Mit welchen Entwicklungen ist in diesem Jahre zu rechnen?

Das Jahr 1976 hat die an seinem Anfang gehegten Erwartungen mit einer Zunahme des realen Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer um reichlich 5 % gegenüber 1975 übertroffen. Dennoch sind erhebliche Enttäuschungen nicht zu übersehen. Hierzu gehört vor allem die sichtliche Abkühlung des Konjunkturklimas in der zweiten Jahreshälfte. Anders als in den früheren Aufschwungsphasen blieb die konjunkturelle Erholung, insbesondere bei der Investitionsneigung, nach dem Auslaufen der wirtschaftspolitischen Stimulanzien labil. Dazu trugen nicht zuletzt die ungelösten Inflationsprobleme bei und – im Zusammenhang damit – die frühzeitige Verschärfung der Zahlungsbilanzungleichgewichte in einer Reihe westlicher Industrieländer.

Die im Zuge der weltweiten Rezession 1975 ergriffenen Ankurbelungsmaßnahmen hatten zunächst im Laufe des Winterhalbjahrs 1975/76 zu einer zügigen Erholung in den Industrieländern geführt. Sie zeigte sich insbesondere in der Entwicklung des industriellen Sektors, in dem die konjunkturellen Schwankungen stets besonders ausgeprägt sind. Die Produktion dieses Bereichs übertraf saisonbereinigt im ersten Quartal 1976 das ein halbes Jahr zuvor erreichte Niveau, das annähernd dem Rezessionstief entsprach, um reichlich 8 %.

Günter Großer, 45, Dipl.-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunktur und Statistik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Dr. Günter Weinert, 35, ist Referent in dieser Abteilung.

Nicht nur in den Ländern mit den stärksten Stimulierungsmaßnahmen wie den USA, Japan, Frankreich und der Bundesrepublik, sondern auch in den meisten übrigen Ländern kam es zu einer raschen konjunkturellen Erholung.

In dieser ersten Belebungsphase richteten sich die Erwartungen immer mehr auf einen Aufschwung nach altem Muster. Die Hoffnung aber, daß der Maxi-Rezession ein Maxi-Boom folgen würde, wurde enttäuscht. Im Sommerhalbjahr verlangsamte sich die Expansion von Nachfrage und Produktion wieder sehr deutlich, obwohl die Kapazitäten und das Beschäftigungspotential noch relativ niedrig ausgelastet waren; die Industrieproduktion erreichte Ende 1976 im allgemeinen erst etwa den schon um die Jahreswende 1973/74 realisierten Produktionsgipfel des letzten Booms. Die endogenen Kräfte entfalteten sich nicht stark genug, um den Aufschwung, wie erhofft, zügig weitertreiben zu können. Die von den Lagerinvestitionen ausgehenden Impulse hätten nach traditionellem Muster durch eine kräftige Erhöhung der Anlageinvestitionen abgelöst werden müssen. Aber die Investitionsneigung blieb nach dem Auslaufen der fiskalischen Anregungen noch labil. Die Investitionen expandierten im vergangenen Jahr in den Industrieländern preisbereinigt mit einer für ein Aufschwungsjahr sehr niedrigen Rate. Auch der private Konsum nahm nach der Normalisierung der Sparquote schwächer zu.

Aufgrund der frühzeitigen Produktionsabflachung hielt sich bisher auch die Verbesserung der Beschäftigungslage in engen Grenzen. Zwar konnte

die Kurzarbeit fast überall spürbar abgebaut werden. Aber die Zahl der Arbeitslosen ist in den meisten Ländern tendenziell noch bis in den Herbst hinein gestiegen. Da die Entwicklung am Arbeitsmarkt dem konjunkturellen Verlauf stets hinterherhinkt, war dies zu Beginn der Erholungsphase nicht überraschend. Schließlich war damit zu rechnen, daß die Unternehmen zunächst die angesammelten Produktivitätsreserven „mobilisieren“ und vorrangig die Kurzarbeit abbauen würden. Wenn es jedoch im weiteren Verlauf der konjunkturellen Erholung im allgemeinen nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit kam, so hat dazu häufig auch die Zunahme der Erwerbsbevölkerung beigetragen. Entscheidend aber war die mit der Produktionsabflachung stockende Beschäftigungsausweitung. Viele Länder gingen so mit der höchsten Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit in das Jahr 1977; nur vereinzelt sind weniger als 4 % der Erwerbspersonen arbeitslos.

Damit aber hat sich das wirtschaftspolitische Dilemma im Laufe des letzten Jahres kaum verringert. Einerseits gilt es nach wie vor, die Beschäftigung merklich zu steigern, wobei eine strukturelle Komponente der Arbeitslosigkeit, über die die Schätzungen allerdings erheblich auseinandergehen, beachtet werden muß. Andererseits aber hat sich das Inflationsproblem als ungelöst erwiesen. Zwar wurden die hohen Teuerungsraten, wie sie 1974 verzeichnet worden waren, in vielen Ländern erheblich reduziert, namentlich in den USA,

Japan, der Bundesrepublik und der Schweiz. Abgesehen vom letztgenannten Land sind sie jedoch weiterhin höher als in den zwei vorangegangenen Jahrzehnten. So ergab sich für das Jahr 1976 insgesamt im Durchschnitt der Industrieländer immer noch eine Verteuerung der privaten Lebenshaltung um 8 %. Dabei hat sich die Teuerungsrate im Laufe des Jahres 1976 zumeist nur noch wenig ermäßigt.

Besonders für eine Phase wieder verbesserter Auslastung und großer Produktivitätssteigerungen wie im ersten Aufschwungsjahr nach so tiefer Rezession blieb der Preisauftrieb bemerkenswert kräftig. Dazu trug auch bei, daß die Unternehmen offenbar bemüht waren, die in der Rezession in allen Ländern stark gedrückten Erträge möglichst rasch aufzubessern. Mehr oder weniger explizit haben die Regierungen auch fast überall eine kräftige Zunahme der Gewinne als eine entscheidende Voraussetzung für eine Erholung der Investitionsneigung und damit der Beschäftigung anerkannt. Sie haben nicht zuletzt deshalb verschiedentlich sogar Preiskontrollen gelockert.

Ein anderer wichtiger Grund für das Ausbleiben größerer Stabilisierungsfortschritte aber war die zumeist noch recht expansive Lohnentwicklung. Der enge wechselseitige Zusammenhang zwischen Lohn- und Preisauftrieb zeigt sich in der Tatsache, daß Länder mit den höchsten Nominallohnsteigerungen auch an der Spitze der Inflationsskala ste-

Produktions- und Preisentwicklung in den Industrieländern

(Vorjahrsvergleich in %)

	Reales Bruttosozialprodukt				Verbraucherpreise			
	1966-74 a)	1975	1976 b)	1977 c)	1966-74 a)	1975	1976 b)	1977 c)
USA	2,9	-1,8	6,0	5,5	5,4	9,1	6,0	5,5
Kanada	4,8	0,6	4,5	4,0	5,2	10,8	7,5	6,5
Japan	9,1	2,1	6,0	6,0	8,4	11,8	9,5	8,0
Westeuropa 1)	4,3	-2,0	4,0	3,5	5,9	10,8	10,0	9,0
Belgien	5,1	-2,0	3,5	3,5	5,3	12,5	9,0	7,0
BR Deutschland	4,1	-3,2	5,8	5,0	4,2	6,0	4,5	4,0
Dänemark	3,9	-1,3	4,5	2,5	7,8	9,6	8,5	8,0
Finnland	5,4	0,1	0,5	4,0	7,6	17,9	14,5	11,0
Frankreich	5,4	-1,2	5,5	4,0	6,4	11,7	9,5	8,5
Großbritannien	2,6	-1,3	1,0	2,0	7,5	24,2	16,5	14,0
Italien	4,8	-3,7	4,5	1,0	6,5	17,0	17,0	18,0
Niederlande	5,2	-1,1	4,0	4,5	6,4	10,2	9,0	8,0
Norwegen	4,4	3,3	5,5	7,0	6,5	11,7	9,0	8,0
Österreich	5,3	-2,0	4,0	4,5	5,3	8,4	7,5	6,0
Schweden	3,5	0,6	1,0	2,0	5,7	9,2	9,5	8,0
Schweiz	3,5	-7,6	1,0	3,0	5,5	6,7	1,5	1,0
Industrieländer insges. 1)	4,4	-1,3	5,0	4,5	6,0	10,8	8,0	7,0

a) Durchschnittliche jährliche Veränderung. b) Schätzung, auf halbe Prozente gerundet. c) Vorausschätzung.

1) Gewichtung nach Bruttosozialprodukten und Wechselkursen 1974; Summe der genannten Länder.

Quelle: OECD; EG; nationale Angaben; Schätzungen des HWWA.

hen. Zwar haben die Rezession und der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahre 1975 das Verhalten der Arbeitnehmer durchaus beeinflusst: Der Lohnauftrieb hat sich im Vergleich zum Vorjahr zumeist merklich abgeflacht, und auch die Streikaktivitäten flauten überall deutlich ab. Die Raten der Lohnsteigerungen liegen aber häufig auf immer noch recht hohem Niveau, wenngleich eine zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen Ländern zu beobachten ist.

Außenwirtschaftliche Zwänge

Dieses Auseinanderlaufen wurde zu einem erheblichen Teil durch außenwirtschaftliche Einflüsse akzentuiert. So haben die zusätzlichen Kosten- und Preisanstöße durch das plötzliche Abrutschen des Wechselkurses vom vergangenen Frühjahr in Italien über die Index-Automatik zu einer außerordentlichen Beschleunigung des Lohnanstiegs und einem wieder rascheren Auftrieb der Preise geführt. In Großbritannien erhielten auf die gleiche Weise die Bemühungen, die Lohnleitlinien zu umgehen, neue Nahrung. Auch in Frankreich wurde die Stabilisierung durch die Abwertung – obwohl sie sich nach dem erneuten Ausscheren des Franc aus dem europäischen Währungsverbund noch in vergleichsweise engen Grenzen hielt – erschwert.

Die prekäre außenwirtschaftliche Situation dieser Länder hat die betreffenden Regierungen im Laufe des zweiten Halbjahrs 1976 zu umfassenden Stabilisierungsprogrammen genötigt, die eine weitgehende Eindämmung des Lohn- und Preisauftriebs zum Ziel haben. Großbritannien und Italien wurden hierzu aufgrund ihres extrem hohen internationalen Verschuldungsstandes vor allem durch die internationalen Kreditgeber gezwungen. Mit diesen Maßnahmen sind eindeutig restriktive Nachfrageeffekte verbunden. Dies hat in den letzten Monaten die Beurteilung des weiteren Konjunkturverlaufs mit erheblicher Skepsis beladen. Sie ist kurzfristig sicherlich berechtigt, doch wurde kaum der Aspekt berücksichtigt, daß längerfristig die Aussichten für einen Aufschwung verbessert werden. Denn in den letzten Jahren hat sich eindrucksvoll gezeigt, daß durch Inflation lediglich vorübergehend Beschäftigung und Wachstum „gekauft“ werden können. Und auch das nur, solange die außenwirtschaftlichen Konsequenzen einer solchen Politik verkraftbar sind.

Die Regierungen dieser „Problemländer“ suchen die inflationären und außenwirtschaftlichen Probleme mit Hilfe recht unterschiedlicher einkommenspolitischer und global steuernder Maßnahmen in den Griff zu bekommen. Doch können all diese Bemühungen letztlich nur dann zu einem dauer-

haften Erfolg führen, wenn die ökonomischen und sozialen Mechanismen, auf die diese Art der Politik aufbaut, funktionsfähig sind. In den letzten Jahren schien diese Bedingung vielfach kaum noch erfüllt.

Wirtschaftspolitische Differenzierung

Die restriktiven Wirkungen der Stabilisierungsmaßnahmen in den Problemländern strahlen über die enge außenwirtschaftliche Verflechtung auch auf die übrigen westeuropäischen Länder aus. Auf der anderen Seite ist die Konjunkturpolitik in wichtigen anderen Volkswirtschaften im Begriff, einen expansiveren Kurs einzuschlagen. So ist in Japan ein neues Konjunkturstützungsprogramm verabschiedet worden, das öffentliche Investitionen, eine Förderung des Wohnungsbaus und die Gewährung von Krediten an Kleinbetriebe vorsieht. Darüber hinaus wurden zusätzliche öffentliche Arbeiten angekündigt sowie Einkommensteuersenkungen ab April dieses Jahres. Auch in den USA zeichnen sich neue finanzpolitische Ankurbelungsmaßnahmen nach dem Regierungswechsel ab; wahrscheinlich sind sowohl Steuersenkungen als auch Ausgabensteigerungen. Ihr Umfang dürfte angesichts der Zielsetzung des neuen Präsidenten, die hohe Arbeitslosigkeit schon kurzfristig fühlbar zu verringern, beachtlich sein. Demgegenüber zielt das in der Bundesrepublik Deutschland geplante neue Programm für öffentliche Investitionen weniger auf eine kurzfristige Nachfrageanregung, es hat vielmehr längerfristigen Charakter.

Da die wirtschaftspolitische Entwicklung sowohl in den genannten wie auch in anderen Ländern in Fluß ist, gibt es noch beträchtliche Unsicherheiten über die zu erwartenden Rahmenbedingungen. In jedem Fall aber ist von einer ausgeprägten konjunkturpolitischen Differenzierung auszugehen. Um so mehr stellt sich in der gegenwärtigen labilen Situation die Frage, ob die restriktive Ausstrahlung der westeuropäischen „Problemländer“ größeren Einfluß erlangt oder ob die Auftriebskräfte in den anderen Ländern bereits genügend erstarkt sind bzw. stimuliert werden, um die Fortsetzung des verhaltenen weltwirtschaftlichen Aufschwungs zu ermöglichen. Eine Antwort ist gegenwärtig besonders deshalb schwer, weil bei der Einschätzung der Verhaltensweisen von Investoren und Konsumenten nicht auf Präzedenzfälle in der Vergangenheit zurückgegriffen werden kann. Denn vor 1974 war es in der ganzen Nachkriegszeit nicht zu einer weltweiten Rezession mit starkem Rückgang der Potentialauslastung und zu einem so sehr mit Inflations- und Zahlungsbilanzproblemen belasteten Wiederaufschwung gekommen. Daran anknüpfende Überlegungen, daß die Verhaltensweisen der Un-

ternehmer und Haushalte in den Industrieländern nachhaltig von pessimistischeren Erwartungen geprägt würden, haben sich in der Erholungsphase im allgemeinen als übertrieben erwiesen. Obwohl kein Gegenbeweis, sollte diese Erfahrung auch weiterhin nicht außer Betracht bleiben.

Erhebliche Unsicherheiten

Bei den neuen oder wieder aufgekommenen Ungewißheiten, die die unternehmerischen Dispositionen im zweiten Halbjahr 1976 gehemmt haben, ist ohnehin nicht nur an langfristige Aspekte, insbesondere den beschleunigten Strukturwandel, zu denken, sondern auch an eine Reihe – inzwischen vollzogener – aktueller Entscheidungen. Dazu zählen die Wahlen in den drei führenden Industrieländern, nach denen wieder Klarheit über die künftige Besetzung der wirtschaftspolitischen Schaltstellen besteht.

Ein anderer wichtiger Unsicherheitsfaktor war bis Mitte Dezember die ausstehende Entscheidung

der OPEC-Länder über die Ölpreisanhebung. Die Wirkungen einer derartigen Maßnahme waren teils in Erinnerung an die Ölkrise Ende 1973, teils als gezielter Versuch der Ölverbraucher, die Überlegungen der Ölproduzenten zu beeinflussen, sicherlich etwas dramatisiert worden. Nachdem jetzt die Entscheidung gefallen und die effektive Verteuerung an der Untergrenze der diskutierten Möglichkeiten geblieben ist, dürfte wieder eine nüchterne Betrachtung möglich sein. Danach wird die zusätzliche Zahlungsbilanzbelastung der Industrieländer – nicht zuletzt wegen der mit den Einnahmen steigenden Einfuhr von Erdölländern – in den meisten Fällen in erträglichen Grenzen bleiben. Auch die Auswirkungen der Ölpreisanhebung auf Preisniveau und Verteilungsspielräume in den Industrieländern sind nicht annähernd mit denen der Ölpreisexplosion vor drei Jahren vergleichbar, als die Verteuerung der Erdöleinfuhr im Verhältnis zur Höhe des Bruttosozialprodukts ungefähr zehnmal so stark war wie im kommenden Jahr. Selbst in den „Problemländern“ wird die Stabilisierungsaufgabe nur graduell erschwert,

VERÖFFENTLICHUNG DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG – HAMBURG
UND DES LANDESAMTES FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN

QUELLEN FÜR STATISTISCHE MARKTDATEN

Führer durch die amtliche Statistik der Bundesrepublik Deutschland

Die vorliegende Veröffentlichung knüpft an ein 1964 von Prof. Dr. Clodwig Kapferer herausgegebenes Nachschlagewerk an. Sie berücksichtigt die seither erfolgten Veränderungen, insbesondere die inzwischen erfolgten Sonderzählungen und die Auswirkungen der Reform der Industriestatistik. Das Quellenverzeichnis nennt zum einen ausgewählte Tatbestände der amtlichen Statistik nach Periodizität und regionaler Tiefe und gibt zum anderen eine Aufzählung und Beschreibung der ausgewerteten Statistiken. Gegliedert ist nach Grundlagen für die Schätzung der Nachfrage nach Konsumgütern und Produktionsmitteln und für die Beurteilung der Wettbewerbslage sowie für die Bereiche Distribution, Verkehr und Landwirtschaft. Das übersichtliche Verweissystem und ein umfangreiches Sachregister erleichtern den Zugang zum verfügbaren Datenmaterial.

Großoktav, 140 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 19,50

ISBN 3-87895-147-7

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

entscheidend ist hier ohnehin die Bewältigung der internen Probleme.

Die genannten Ungewißheiten trugen dazu bei, daß sich in der zweiten Jahreshälfte 1976 die Erwartungen in den Industrieländern wieder verschlechterten. Dabei wurde die Tatsache in den Hintergrund gedrängt, daß die objektiven Bedingungen für den allmählichen Übergang in einen selbsttragenden Aufschwung durch eine Belebung der Investitionstätigkeit im Zuge der Erholung von der Rezession häufig bereits spürbar besser geworden waren. So hatte sich die Kapazitätsauslastung erheblich vom Rezessionstief entfernt. Damit ging ein — wenngleich unterschiedlich ausgeprägter — Wiederanstieg der Gewinne einher, der vielfach auch von einem verringerten Lohnanstieg begünstigt wurde. Vor allem in den USA, Japan und der Bundesrepublik, aber auch in einer Reihe kleinerer Volkswirtschaften waren so die Voraussetzungen für eine Zunahme der Investitionsneigung günstiger geworden. Wenn sich dies nur zögernd und mit Stockungen in Nachfrage umsetzte, so einmal wegen der noch vorhandenen beachtlichen Kapazitätsreserven¹⁾ und zum anderen wegen der unsicheren Erwartungen. Nach dem Fortfall der genannten temporären Ungewißheit besteht jetzt wieder mehr Aussicht, daß die Verbesserung der objektiven Bedingungen auch größeren Einfluß auf die Investitionsnachfrage gewinnt. Ein hemmender Faktor bleiben allerdings die Inflationsprobleme, für die eine Lösung in den meisten Industrieländern noch nicht in Sicht ist.

Verhaltensweiterer Aufschwung

Insgesamt erscheint so die Erwartung nicht unrealistisch, daß die expansiven Kräfte in den Industrieländern zumeist für einen weiteren gemäßigten Konjunkturaufschwung ausreichen. Dazu werden — unter Berücksichtigung der sich abzeichnenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen — vor allem die Antriebskräfte in den führenden Volkswirtschaften USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland beitragen, die den Prozeß der wechselseitigen konjunkturellen Anregung in der Weltwirtschaft in Gang zu halten vermögen. Dies wird es erleichtern, die Konjunkturabschwächung in den Ländern, die zu Stabilisierungsprogrammen greifen mußten, in erträglichen Grenzen zu halten. Der Anstieg des realen Bruttosozialprodukts der Industrieländer dürfte sich allerdings 1977 etwas ermäßigen und — je nach dem Ausmaß der Ankurbelungsmaßnahmen — im Jahresdurchschnitt zwischen 4 und 5% betragen. Dabei wird sich eine erhebliche Differenzierung von Land zu Land ergeben: Während in Italien und

Großbritannien nur mit minimalen Wachstumsraten zu rechnen ist, dürften sie in der Bundesrepublik, den USA und Japan im Bereich von 5 bis 6% liegen. Bei alledem ist vorausgesetzt, daß weiterhin auf stärkere protektionistische Eingriffe in den internationalen Warenaustausch verzichtet wird. Die Zunahme des Welthandelsvolumens könnte dann etwa 8% erreichen, nach 11% im Jahre 1976.

Auch bei der Verwirklichung dieser gedämpft optimistischen Prognose werden fast alle Industrieländer noch erheblich von einer befriedigenden Auslastung der Kapazitäten und von einer Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte entfernt sein; vor allem in Westeuropa ist der Kontrast zur Situation bis zum Beginn der siebziger Jahre sehr groß. Wenn hier dennoch keine konjunkturellen Ankurbelungsmaßnahmen in Sicht sind, so beleuchtet dies die faktische Einschränkung der wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit. Der unmittelbare Zwang geht dabei häufig von der prekären oder zumindest labilen Zahlungsbilanzlage aus. Eine Beschleunigung der monetären Expansion oder auch schon eine — häufig in diese Richtung deutende — Vergrößerung der zumeist außerordentlich hohen Staatsdefizite droht nämlich für die Währung des betreffenden Landes Abwertungserwartungen zu wecken, die sich aufgrund der ausgelösten Kapitalbewegungen bereits vor einer effektiven Verschlechterung der Leistungsbilanz realisieren und dann neue Kosten- und Preisanstöße geben. So erklären sich die Forderungen an die Überschußländer wie Japan und die Bundesrepublik sowie an die USA als außenwirtschaftlich weniger empfindliches Land, mit einer expansiven Konjunkturpolitik voranzugehen.

Offensichtlich wird dabei jedoch häufig immer noch nicht genügend beachtet, daß die Zuspitzung der Zahlungsbilanzprobleme letztlich der Niederschlag der ungelösten Inflationsprobleme ist. Nur wenn sich die ersten erkennbaren Ansätze für eine Verbesserung des verteilungspolitischen Konsenses auch in den europäischen Problemländern verbreitern, werden die akuten außenwirtschaftlichen Spannungen spürbar nachlassen; zugleich werden dort die restriktiven Wirkungen der Stabilisierungsprogramme um so geringer sein. Dieser Prozeß wird nach der ausgeprägten Fehlentwicklung der letzten Jahre nur allmählich vorankommen können. Das bedeutet angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Industrieländern aber auch, daß sich die konjunkturelle Expansion der Weltwirtschaft 1977 kaum stärker forcieren läßt, wenn die Chancen einer fortschreitenden Verbesserung der Beschäftigungslage in den folgenden Jahren gewahrt bleiben sollen.

¹⁾ Ihr Umfang ist allerdings schwierig zu schätzen; so wurde z. B. in den USA der Auslastungsgrad der Industrie im dritten Quartal 1976 bei einer Neuberechnung von 74 auf 81% revidiert.